

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und 0.50 Beleggebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Für Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Restame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf. Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67 377.

Nr. 225.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 25. September 1930.

12. Jahrgang.

Von Nebel frei sind hohe Berge,
Tarnkappen tragen nur die Zwerge.

Julius Sturm.

Umschau.

— Genf! —

Briand's Paneuropa hat nun auch in Genf Schiffbruch erlitten. Wenn es allerdings nur von Briand's unvergleichlicher Beredsamkeit abgegangen hätte, dann wäre die Paneuropa-Frage auf das glänzendste gelöst gewesen. Aber die Welt ist — gerade auch Herrn Briand gegenüber — allmählich doch etwas vorsichtiger geworden. Und wenn der französische Außenminister vom ewigen Frieden spricht und damit die Unantastbarkeit des Versailler Vertrages meint, wenn er von Verständigung redet, um den französischen Militarismus endgültig auf den Schild zu erheben, dann kann man auch deutscherseits nur erfreut sein, daß der Briand'sche Vorstoß auch in Genf gescheitert ist.

Das wahre Gesicht Briand's zeigte sich ja denn auch sofort, als die Minderheitenfrage zur Debatte stand und er in einer wirklich aktuellen Angelegenheit wahrhafte Friedensarbeit hätte leisten können. Aber er hat nicht nur die berechtigten Wünsche der unterdrückten Minderheiten mit eiskalter Schroffheit abgelehnt, sondern darüber hinaus auch zu behaupten gewagt, die Minderheiten hätten durchaus keinen Anlaß zu irgendwelchen Beschwerden und es läge kein Grund vor, an den bestehenden Verhältnissen etwas zu ändern. Dieser Standpunkt Briand's ist um so herausfordernder, als erst wenige Tage zuvor die englische Zeitung „Manchester Guardian“ ein polnisches Dokument veröffentlicht hatte, das ein schauerliches Zeugnis für die brutalen Vergewaltigungen methoden der Polen gegenüber den geknechteten Minderheiten ablegt. Ganz unverstänlich aber erscheint es uns, daß ausgerechnet der deutsche Außenminister Curtius in der entscheidenden Ausschlußfrage der Minderheitenansprache fernblieb und sich durch Koch-Weber vertreten ließ, nachdem die Minderheitenfrage zu einem der bedeutendsten Kapitel der europäischen Nachkriegspolitik geworden ist. Wenn es die Außenminister Frankreichs, Polens, Rumaniens, Südslawiens und der Tschechoslowakei für ihre selbstverständliche Pflicht hielten, den Standpunkt ihrer Länder in eigener Person zu vertreten, dann hätte man auch vom deutschen Außenminister erwarten können, daß er bei dieser — vielleicht wichtigsten Aussprache der diesmaligen Genfer Tagung — nicht gefehlt hätte. Ueberhaupt ist allem Anschein nach das Auftreten des Herrn Dr. Curtius in Genf kein allzu erheben-

des gewesen. Er hat den berechtigten Forderungen des von ihm vertretenen 60-Millionen-Volkes nicht im entferntesten den Ausdruck gegeben, wie das — zumal auch in der Abrüstungsfrage — unbedingt erforderlich gewesen wäre. Wenn selbst französische Rechtsblätter mit der Genfer Curtius-Rede zufrieden sind und sie als „äußerst milde“, „milder“ noch als die Stresemann-Reden bezeichnen, dann mag das für Frankreich und seine Verbündeten eine höchst erfreuliche Feststellung sein, für das deutsche Volk und die geknechteten Minderheiten jedenfalls ist es eine Enttäuschung. Daß das deutsche Volk und besonders die deutsche Jugend mit dieser Art der Außenpolitik nicht mehr zufrieden ist, haben doch wahrlich deutlich genug die Wahlen vom 14. September bewiesen. Wenn Curtius den Mittelparteien nicht noch mehr Schaden zufügen will, als sie bereits erlitten haben, dann muß er sich zu einer außenpolitischen Führung entschließen, die wirkliche Führung ist und kein fortgesetztes weiches Zurückweichen vor den plutokratischen und imperialistischen Interessen unserer Feindrassen. Nirgendwo hat gerade auch die Partei des Herrn Curtius mehr Stimmen verloren als in den Grenzgebieten, im Rheinland und Ostpreußen. Das ist Beweis genug, daß vor allem auch das gefährdete deutsche Grenzvolk unter die bisherigen Methoden der deutschen Außenpolitik endlich einen Schlußstrich gezogen haben möchte.

Auch die Bedingungen, unter denen die Franzosen den allem Recht ins Gesicht schlagenden sogenannten Bahn-schuh aus dem Saargebiet zurücknehmen, sind deutscherseits angenommen worden, obwohl diese Bedingungen nicht mehr und nicht weniger als das Wiederbesetzungsrecht des Saargebiets durch die Franzosen bedeuten. Wiederbesetzungsrecht zwar nur für den „äußersten Fall“, aber die Geschichte lehrt, daß es nicht allzu schwer ist, solche „äußersten Fälle“ zu konstruieren, wie das ja auch in Oberschlesien der Fall war, wo dann unter dem „Schutz“ der französischen Bajonnette eine Abstimmung er-

zielt wurde, die urdeutsches Land den Polen als willkommenen Beute hinwarf. Die französischen Absichten auf das Warndgebiet sind ein offenes Geheimnis, und da nach den Abmachungen über die Zurücknahme des französischen Saars, schufte“ ganz allein die Saar-Regierungskommission beauftragt ist, „äußerste Fälle“ festzustellen, so wird man sich nicht zu wundern brauchen, wenn wir im Abstimmungsjahr 1935 an der Saar ein zweites Oberschlesien erleben. Das Zentrum ist gewiß nicht verdächtig irgendwelchen nationalistischen Ueberstimmungen zu huldigen; aber in einer dem Zentrum mehr als nahestehenden Zeitschrift lesen wir hierüber folgende Sätze:

„Es ist schwer verständlich, wie die deutschen Vertreter in Genf einer solchen „Regelung“ des Abbaues der Bahnschutzorganisation zustimmen konnten. Aus dem Friedensvertrag und aus dem Saarstatut können weder Bahnschutz noch Wiederbesetzungsrecht hergeleitet werden. Warum in aller Welt haben die deutschen Vertreter einer Legalisierung dieser angemaßten Willkürrechte zugestimmt? — Unsere Außenpolitik ist ein Jammer. Kompromiß im Rahmen des Möglichen — das ist das Rezept. Auf gut deutsch: ängstliche Defensive gegenüber der ständigen Offensive der anderen. . . Die Franzosen arbeiten klar und zäh auf den Raub eines Stückes aus dem Saargebiet hin. Und wir? Schwächliche Abwehr und Jammern — das ist alles! Und wenn mal ein Minister das Wort Revision in den Mund nimmt, dann klagen und wehnen die Vertreter nach außen, dann ist das: Nationalismus, Herausforderung der anderen, Gefährdung der Verständigungs- und Friedenspolitik! — Es ist höchste Zeit, mit dieser Art Außenpolitik Schluß zu machen!“

Man kann dieser Stimme aus dem Lager des Zentrums nur eine günstige Aufnahme gerade auch bei den deutschen Mittelparteien wünschen, ehe unser außenpolitischer Kurs endgültig von den demokratisch-sozialistischen Kreisen bestimmt wird, deren linker Flügelmann Breit-scheid dieser Tage dem französischen „Populaire“ gegenüber geäußert hat, „die Nationalsozialisten seien Ueber-patrioten, die glauben machen wollten, daß die augenblicklichen Leiden des deutschen Volkes eine Folge des Versailler Vertrages seien. Dies sei jedoch nicht der Fall; denn auch England und Italien hätten unter der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit zu leiden.“

Daß sich gerade auch die Grenzdeutschen durch die schlaffe deutsche Außenpolitik in einer wachsenden Beunruhigung befinden, hat nicht zuletzt seinen Grund in den gemachten Klagen der Franzosen und ihrer Verbündeten. Der neue offizielle Heeresetat Frankreichs beträgt über 12 Milliarden Goldmark; und die verschleierte Summe zum Zwecke weiterer Rüstungen wird — erfahrungsgemäß! — ebenfalls noch in die Milliarden gehen. Nach welcher Richtung die praktischen Ziele des französischen Militarismus tendieren, haben die französischen Manöver bewiesen, die sich mit einem Gesamtaufwand von 100 000 Mann unmittelbar an der italienischen und deutschen Grenze abspielten. Gleichzeitig verlegte Polen seine diesjährigen Manöver in den Korridor. Deutlicher konnte das planmäßige Zusammenarbeiten der französisch-polnischen Generalstäbe nicht zum Ausdruck kommen. Und Deutschland — voran Curtius — wartet noch immer auf Abrüstung! Wartet noch immer auf Abrüstung, obwohl der französische Einfluß im Heerwesen Polens und der kleinen Entente neuerdings noch einen weiteren Ausbau erfahren soll, indem der französische Generalstab — wie in Polen und der Tschechoslowakei — so auch in Rumänien und Südslawien ständige französische Militärmissionen einrichtet und auf diese Weise das gesamte Heerwesen Frankreichs und seiner Vasallen unter eine klar durchdachte und scharf zusammengefaßte Leitung stellen will.

Fred Britten, ein bekanntes Mitglied des amerikanischen Kongresses, hat sicherlich nicht so ganz unrecht, wenn er am letzten Samstag nach seiner Rückkehr von einer längeren Europa-Reise sagte, „die französischen Manöver an der lothringischen Grenze seien ein Mißspiel von Feuerwerk und Dynamit; Europa stehe am Vorabend eines neuen Krieges“. Und die englische Zeitschrift „Nation“ schreibt:

„Die Deutschen, die Stresemann geduldig gefolgt sind, sehen ihre politischen Hoffnungen enttäuscht. . . Deutschland, zwangsweise entwaffnet, sieht, wie die Siegerstaaten unfähig oder nicht willens sind, die im Versailler Vertrage versprochene Abrüstung durchzuführen. . . Das Aufkommen der Nationalsozialisten ist eine der Früchte der Aera Poincaré. Es ist Zeit, daß Paris und Warschau erkennen, daß eine große Nation in einer bewaffneten Welt nicht ständig unterjocht und ständig entwaffnet gehalten werden kann!“

Das alles sind Dinge, für die sich doch auch die Vertreter des „entwaffneten und unterjochten Volkes“ selbst mit mehr Nachdruck hätten in Genf einsetzen können, als sie dies leider getan haben. Was der hochbetagte ungarische Vertreter Apponyi in offener und furchtloser Rede verlangte — nämlich entweder Abrüstung der Außergerüsteten oder Aufrüstung der Abgerüsteten —, das hätten die in den besten Mannesjahren stehenden Vertreter des deutschen Volkes doch schließlich ebenso entschieden fordern können, zumal auch der englische Außenminister Henderson den gegenwärtigen ungleichen Rüstungs-zustand in einer geradezu sensationellen Rede aufs schärfste gebrandmarkt hatte. Daß auch Italien den deutschen Standpunkt in dieser Frage restlos decken würde, bedarf bei dem französisch-italienischen Gegensatz keiner besonderen Beweisführung. Aber unsere offiziellen Außenpolitiker scheinen noch immer nicht begriffen zu haben, daß seit den Tagen von Versailles sich die außenpolitische Konstellation grundlegend geändert hat. Daß aber auch unsere innenpolitischen Verhältnisse eine festere Hand am Steuer der deutschen Außenpolitik als unbedingt notwendig erscheinen lassen, hat der Ausfall der Wahlen gezeigt. Es sind ja nicht x-beliebige „Spießer“ oder nur „unzufriedene“ Mittelständler, Bauern und Arbeiter gewesen, die den beispiellosen Erfolg der Nationalsozialisten sichergestellt haben, sondern es war vor allem die deutsche Jugend, die den Erschlaffungserscheinungen in unserer Innen- und Außenpolitik eine gründliche Abfuhr zuteil werden ließ und sich um das Banner Sillers scharte, dessen Freiheitsidealismus seine Wirkung auf eine Jugend ja gar nicht verfehlen kann, die nicht gewillt ist, ihre Zukunft unwiderruflich in die Ketten des französischen Militarismus und der internationalen Tributkürten schlagen zu lassen. Nicht nur das deutsche Volk, sondern insbesondere auch die deutsche Jugend hat sich am 14. September von einer Politik abgewandt, die auch die letzte Spur staatsmännischer Größe vermissen läßt. Anstatt in törichter Verärgerung auf die „Radikalisierung“ zu schimpfen und sie — in Ermangelung besserer Gegenargumente — für eine Katastrophe verantwortlich zu machen, die bereits im Jahre 1918 gesät wurde, täten unsere verantwortlichen Staatsmänner besser, dem „Wendepunkt des 14. September“ wenigstens einigermaßen Rechnung zu tragen und eine Politik zu korrigieren, die längst nicht mehr dem Willen der Mehrheit des deutschen Volkes entspricht. Man bündigt keinen Strom, indem man ein Mauerlein quer gegen ihn schiebt, sondern indem man Dämme baut, die parallel dem Strombett laufen und die wogenden Fluten in geordneten Bahnen halten. Alles andere, alles Geschimpfe und Gemurre über das lawinenhafte Anwachsen der „Nazis“ ist nichts anderes als der beste Beweis, daß man am Ende der eigenen Kräfte steht.

Wahlausfall und Berliner Sensationspresse.

Es läßt sich nicht leugnen, daß der Ausfall der Wahl im Ausland, besonders im stets ängstlich sich gebärdenden Frankreich eine sichtlich Unruhe hervorgerufen hatte. Das starke Anwachsen der Nationalsozialisten mit ihrem ausgesprochenen Programm gegen den Versailler Friedensvertrag und die aus allen Verträgen sich ergebenden Belastungen Deutschlands ließen die besorgten Franzosen und die stets geldhungrigen Engländer aufhorchen. Aber zu einer Revolution an der Börse kam es nicht. In Paris baute man auf die deutsche Sozialdemokratie, die nach wie vor die stärkste Partei sei und nicht dulden würde, daß in Deutschland etwas Unrechtes (?) geschähe. In England tröstete man sich damit, daß der Reichspräsident v. Hindenburg ja noch da sei, dessen Autorität geeignet wäre, Deutschland vor Putzgefahren zu bewahren. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, welcher Wertschätzung sich unser Hindenburg im Ausland erfreut. Ein hoher englischer Beamter hat kürzlich nach dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses gesagt: „Herr von Hindenburg habe sein ganzes Leben lang seine Pflicht getan, seine Pflicht sei jetzt, am Leben zu bleiben.“ Das sagt ein Engländer. Ach, wenn doch auch jeder Deutsche das erkennen und von Gott erbitten möchte. —

Soweit wäre alles gut gewesen, wenn nicht die Berliner Ulk- und Sensationspresse wegen des Wahlausfalles völlig den Kopf verloren hätte. Wir können es verstehen, daß es für die Jerusalemer kein angenehmes Gefühl bedeuten mag, zu wissen, daß die antisemitische Welle sich bei der Wahl am 14. September fast verzehnfacht hat und am 13. Oktober 107 Hakenkreuzler in den Reichstag einziehen, während die eigene Schutztruppe eine Mischehe, ausgerechnet mit dem „Jungdo“ eingehen mußte, um

überhaupt am Leben zu bleiben. So etwas ist nicht nur bitter, sondern kann mangels allzu großer Tapferkeit dahin führen, daß man aus Angst und Verzweiflung schon das Messer an der Kehle fühlt, ehe jemand daran gedacht hat, es zu ziehen.

In dieser Lage befindet sich ein Teil der Ullsteinpresse und verschiedene andere Linksblätter. Das gewaltige Anschwellen der nationalsozialistischen Stimmen und Mandate hat dieser Art Blätter so den Kopf verdreht, daß zum Beispiel die „V. Z. am Mittag“ Donnerstag voriger Woche die Berliner Bevölkerung mit allerlei Putschabsichten der Nationalsozialisten überraschte. In genau detaillierter Form wurde erzählt, daß in Thüringen ungeheure Gewehrverkäufe getätigt wurden, daß die Nationalsozialisten sich in Straßenkämpfen übten und besonderen Wert darauf legten, die Sturmtruppen auszubilden zur Besetzung der öffentlichen Gebäude usw. Am Freitag klangen die Nachrichten noch grausiger. Man konnte bereits den ganzen Mobilisationsplan in der „V. Z. am Mittag“ lesen. Ja, man gewann den Eindruck, daß wir uns am Vorabend eines fürchterlichen Bürgerkrieges befänden.

Die Verbreitung dieser Putschnachrichten hat nunmehr ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Börsen in New York und London wurden unruhig und die Youngplanpfandbriefe fielen. Die Ullsteinpresse hat aus Angst um ihre lieben israelitischen Mitbürger an diesen Hauptplätzen der Welt eine derartige Beunruhigung hervorgerufen, daß man sich jenseits des Kanals veranlaßt sah, bei der deutschen Reichsregierung anzufragen, was denn überhaupt in Deutschland los sei. Die Reichsregierung sowohl wie die preußische Regierung haben eine sehr eindeutige Antwort gegeben, nämlich dahingehend, daß bei uns alles in bester Ordnung sei, zu irgendwelcher Aufregung keine Veranlassung vorläge und man deshalb beruhigt sein könne. Es ist erklärlich, daß nunmehr die bürgerliche Presse, insbesondere die rechtsgerichtete nicht fein säuberlich mit der „V. Z. am Mittag“ umgeht, sondern die Öffentlichkeit darüber aufklärt, daß die Ullsteinpresse in ihrer Nervosität ein großes deutsches Gut nutzlos vertan habe.

Nun aber staune man, was die „V. Z. am Mittag“ selbst zu ihrer Entschuldigung vorzubringen weiß. Gegenüber den ihr gemachten Vorwürfen betont sie, die moralische Verpflichtung zu haben, auf mögliche Gefahren hinzuweisen und zu warnen. Dann kommt das große Bekenntnis, daß man mit diesen Putschnachrichten die Berliner eigentlich nur am Narrenseil hat herumführen wollen. Das Blatt schreibt nämlich: Wir glauben an eine momentane Putschgefahr ebenso wenig wie alle anderen. Ja, warum wird dann alle Welt in Aufregung versetzt, wenn man nicht einmal selbst den Glauben zu dem aufzubringen vermag, was man selbst in der Zeitung schreibt? Es ist ein bodenloser Leichtsinns und eine gewisse Sucht nach Sensation, wenn man unsere sowieso so unruhige Zeit mit derartigen panikerregenden Nachrichten zu belasten sucht. Eine solche Presse müßte ebenso gut verboten werden, als wenn die rote Fahne oder andere kommunistische Blätter zum Putsch aufrufen oder zum Landesverrat auffordern. Das Ansehen Deutschlands in der Welt wird dadurch sicherlich nicht gefördert und der Kredit steigt auch nicht, wenn ausländische Geldgeber sich jeden Augenblick fragen müssen, daß die Geldanlage in Deutschland eine sehr gewagte Sache sei.

Erfreulicherweise haben die Erklärungen der deutschen und preußischen Regierung ihre Wirkungen nicht verfehlt und die Kurse sind wieder gestiegen und die Ruhe ist zurückgekehrt. Dieser Vorgang sollte aber allen eine Warnung sein, nicht unnötige Putschnachrichten in die Welt zu lancieren, an die man selber nicht glaubt.

W. B.

Die neue päpstliche Bulle.

— Breslau, 24. Septbr. Die im hiesigen Dom vorgelesene päpstliche Bulle „Pastoralis officii nostri“ bezieht sich auf die Neuordnung der kirchlichen Verhältnisse, insbesondere im Osten Preußens, nachdem das Konkordat rechtskräftig geworden ist.

Amerika und der Alkohol.

Dr. F. H. Otto Meile, Frankfurt a. M., schreibt: Sie fragen mich, was ich in Amerika von den Wirkungen der Prohibition gesehen habe. Da will ich nicht mit den bekannten Statistiken antworten, sondern wiedergeben, was ich mit eigenen Augen geschaut habe. Schließlich sind ja persönliche Eindrücke und Beobachtungen, die man als Fremder, als „Europäer“ in einem Lande, das seit 1920 ein nationales Alkoholverbot eingeführt hat, macht, doch von besonderem Interesse. Als ich das letztemal nach Amerika reiste — ich bin seit Kriegsende allein schon fünfmal drüben gewesen — sagte mir ein Bekannter in Berlin: „Wir hören hier, daß in Amerika seit der Prohibition mehr getrunken werde als früher. Bitte halten Sie die Augen offen und berichten Sie uns dann wahrheitsgetreu.“ Und was habe ich gesehen? Ich bin auf der letzten Vortragsreise von New York bis nach San Francisco und Los Angeles am Stillen Ozean gekommen. In den größten Städten und zum Teil auch in kleineren auf dem Lande habe ich mich aufgehalten. Ich habe in größeren und mittleren Hotels gewohnt, hin und wieder war ich auch eingeladen in Familien. Ich habe mit Freunden in den vornehmen Klubs gespeist, an Banketten der Universitäten teilgenommen, war Gast bei Festessen von Geschäftsleuten und unzähligen gesellschaftlichen Veranstaltungen. Hin und wieder nahm man mich auch zu Sportveranstaltungen mit, wo 20 000 bis 50 000 Menschen und mehr stundenlang, ja tagelang dem Schlagballwettkampf zusahen, einen Nachmittag verbrachte ich auch auf dem größten Vergnügungspark der Welt, auf Coney Island (eine 25- bis 50-fache Vergrößerung des Wiener Praters), wo Hunderttausende von Menschen, besonders an den heißen Sommertagen, zusammenströmen — es ist auch ein

Die Reichstagswahlen im ausländischen Lichte.

Wer die Aufsätze Pertinax im „Echo de Paris“ liest, wird unwillkürlich an Cato den Älteren erinnert. Cato und Pertinax haben einen unbändigen Haß gemeinsam. Cato soll in fast jeder Rede die Römer dazu aufgefordert haben, Carthago zu zerstören, Pertinax läßt keine Gelegenheit vorübergehen, um nicht die Absetzung Briands zu verlangen.

Auch sein jüngster Artikel über die deutschen Reichswahlen enden mit dieser Forderung. Briand sei durch seine Politik der Nachgiebigkeit (!) Schuld daran, daß Trepanus Reden über die Revision der Ostgrenze halten konnte, Briand sei schuld daran, daß die gewalttätigen Elemente in Deutschland, die Hitler-Leute, die Gunst des Landes erworben hätten. Die Lage sei sehr schwierig. Die Mitte, die die bisherigen Regierungen getragen habe, sei zerrieben worden. Die Schwächung der Sozialdemokraten zwingt diese, in ihren Forderungen schärfer zu sein, um keine weiteren Stimmen an die Kommunisten zu verlieren. Die Deutschnationalen und Nationalsozialisten werden auch ihrerseits, durch den Erfolg ermutigt, größere Forderungen stellen.

Auch l'Ordre haut in die gleiche Kerbe. Briand hätte versagt. Durch die deutschen Wahlen wäre der Mißerfolg der Briand'schen Politik offensichtlich.

Der bekannte französische Redakteur Hervé schreibt in seinem Blatt „La Victoire“ u. a. folgendes:

„Der kriegerische Teil Deutschlands (!) lehnt in patriotischer Begeisterung und nationalem Stolz, sofern dies kein Anfall von rasendem Wahnsinn ist (!), seine Niederlage ab und zeigt uns, daß er den Versailler Vertrag nicht anerkennt und alle Mittel anwenden wird, um ihn zu zerreißen. Es ist deshalb Verrat, dem französischen Volke Abrüstung vorzupredigen, die militärischen Kräfte abzubauen, die Kredite für die nationale Verteidigung zu verringern, wenn zwei Schritte von uns entfernt, einige Millionen Vöcher (ein Schimpfwort für die Deutschen) bereit sind, den Streich von 1914 zu wiederholen (!).“

Ruhiger und sachlicher, wenn auch immer etwas unfreundlich sind die Ausführungen des dem auswärtigen Amt nahestehenden Blattes „Le Temps“. Unter dem Titel „Politisches Chaos in Deutschland“ schreibt diese französische Zeitung u. a. wie folgt:

„Die politische Lage, die sich am Tage nach den deutschen Wahlen zeichnet, ist verworrener als nach der Auflösung des Reichstages. Es wird noch Zeit vergehen, bevor Klarheit herrscht und die Möglichkeiten für die zukünftige Gestaltung der Regierung erkennbar sind.“

Es wird mitgeteilt, was wir mit Vorbehalt weitergeben, daß die nationalsozialistischen Führer das Innen- und Reichswehrministerium, sowie den Posten des Berliner Polizeipräsidenten beanspruchen. Die Annahme dieses Verlangens würde eine Herausforderung gegen den gesunden Menschenverstand darstellen und Deutschland zu inner- und außenpolitischen Abenteuern treiben.

Das Zentrum und in einem bescheidenen Maß auch die Volksparteiler sind die Beherrscher der Situation. Wenn sie auch Willens empfinden, zu der großen republikanischen Koalition zurückzukehren, so können sie vernünftigerweise nicht an eine Mitarbeit der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen denken, die die seit fünf Jahren betriebene Politik ständig bekämpft haben. Es ist zweifellos beunruhigend, daß ein Block von 148 Abgeordneten in der Opposition sein würde, der ohne zu zögern faschistische Methoden zur Aufrichtung einer Diktatur als Vorläufer der Wiedereinführung des Kaiserthums (!) anwenden würde. Der Druck wird stark sein, weil die Kommunisten jede Regierung bekämpfen und gegebenenfalls das Spiel der nationalen Opposition mitmachen würden, um schneller zu ihrem Ziel zu kommen.

Eine Verständigung mit Hugenberg scheint ausgeschlossen zu sein. Es bleibt nichts anderes übrig als die große Koalition, trotzdem sie durch den Verlust der Mittel-

großartiger Badestrand damit verbunden — und ich habe auf der ganzen Reise kein alkoholisches Getränk gesehen und mir — man mußte natürlich überall, daß ich von Europa sei — ist nicht ein einziges Mal ein Glas Wein oder Bier angeboten worden. Aber ich sah überall auf den Tischen gutes, eisgekühltes Wasser, auch in jedem Eisenbahnwagen (in jedem!), und ich lernte das viele frische Obst und die Menge vitaminreicher Fruchtgetränke, die es überall gibt, ungemein schätzen. Und wenn ich den hohen Standard der Lebenshaltung, besonders der Arbeiter, bewunderte und mein Erstaunen darüber ausdrückte, daß so viele Arbeiter ihr eigenes Automobil haben und sogar Waschfrauen in eigenen Kraftwagen zur Stätte ihrer Arbeit fahren, da erwiderte man mir lächelnd: „Ja, sehen Sie, das sind die Früchte der Prohibition.“ Appenz. Sonntagsblatt.

Ein schöner, aussichtsreicher Frauenberuf!

In der Wartburgstadt Eisenach liegt auf halber Höhe der Wartburg, dicht am Wald, mit weitem Blick über die Stadt hinweg in die Thüringer Berge und Wälder hinein, das Neulandhaus. Es ist im Winterhalbjahr das Heim des Gemeindehelferinnenseminars der Neulandbewegung. Dieses bildet in zwei theoretischen Wintersemestern und einem praktischen Sommersemester (zur Hälfte in einer Gemeinde, zur anderen Hälfte in einem Krankenhaus) evangelische Kirchgemeindehelferinnen aus. Dieser Beruf ist für Kirche und Volk von größter Bedeutung. Ein Beweis für seine Notwendigkeit ist schon der Umstand, daß auch die katholische Kirche überall solche Pfarrgehilfinnen für den Gemeindebesuch anstellt. In einer Zeit der Entfremdung weitester Kreise unseres Volkes von der Kirche und der Überlastung der

parteien schwächer sein wird als zu der Zeit Müller-Schreinemann.

Langwierig werden die Verhandlungen sein. Um den Eindruck der Wahlergebnisse zu schwächen, hat man versichert, daß die Politik des Reiches unverändert bleiben wird. Bevor wir daran glauben, wollen wir die Bildung der Regierung und die ersten Handlungen des Reichstages abwarten.

Vor zwei Monaten haben wir im Hinblick auf die Propaganda der Hitler-Leute usw. darauf aufmerksam gemacht, daß das Vertrauen des Auslandes zu der Aufrichtigkeit des Friedenswillens des deutschen Volkes zu wanken beginne. Die deutsche Presse hat uns wiederholt erklärt, daß die Agitation der Nationalsozialisten ohne Bedeutung sei, weil sie nicht Wurzel gefaßt habe. Und nun entscheiden sich einige Millionen gerade für die Nationalsozialisten. Man ist nicht müde geworden, wiederholt zu erklären, daß man Deutschland Vertrauen schenken solle, damit die Demokratie und die deutsche Republik sich festigen könne. Das deutsche Volk hat aber das Vertrauen mißbraucht, daß ihm gegeben worden ist, indem es die schlimmsten Feinde der Demokratie, der Republik und des Friedens gewählt hat.

Es wird Zeit vergehen, bevor Deutschland den Boden wiedergewinnt, der durch die Wahlen am 14. September mit einem Schlag verloren gegangen ist.

Rückblick auf den Katholikentag.

Der 69. Katholikentag, der in Münster stattfand, ist infolge der Reichstagswahlen wenig beachtet worden. Und doch ist er auch für uns Evangelische der Beachtung wert. Importierend war er durch die Prominenten, die auf ihm vertreten waren, den neuen päpstlichen Nuntius Orsenigo, Erzbischof von Ptolemais; den Kardinal Faulhaber, Erzbischof von München, die beiden neuernannten westfälischen Erzbischöfe von Paderborn und Münster, welche letzterer seine Ernennung während der Tagung telegraphisch von Rom erhielt.

Wie überall jetzt der jungen Generation ihr Recht wird, wurde auch als 1. Vorsitzender der jugendliche Graf Reipperg aus Württemberg gewählt, der sich auch mit jugendlicher Frische und weltmännischer Gewandtheit in seinem neuen Amte zurechtfindet. Der 2. Platz wurde einem Arbeitervertreter zuerkannt.

Wie in der evangelischen Presse der letzten Zeit, stand auch der Katholikentag unter dem Zeichen der Verehrung des Kirchenvaters Augustinus, über den nicht weniger als drei Redner sprachen: Graf Reipperg, Domprobst Prof. Dr. Mausbach-Münster und Professor Dr. Eibl-Wien.

Bei der Eröffnung verdient die scharfe Tonart Beachtung, mit der der 2. Vorsitzende die Frontstellung gegen die Sozialdemokratie, einschließlich der religiösen, betonte: „Es gibt keine Brücke zwischen Christentum und Sozialismus.“ Wir warten nur darauf bisher vergebens, daß das Zentrum aus diesem Satz für seine preußische Politik die Konsequenzen zieht.

Das Hauptthema der Generalversammlung, die in Freiburg voriges Jahr die „Rettung der Familie“ behandelt hatte, war auf der diesjährigen Tagung die sehr aktuelle Frage des „katholischen Bildungs- und Erziehungsproblems“ auf Grund des vom Papste in seinem Rundschreiben vom 31. 12. 1929 beschriebenen Erziehungsprogramms. Darüber redeten besonders der Bischof von Münster und Dr. Marx, welche das Kind schilderten in den Gefahren unserer Zeit und bei dem Erziehungsproblem ihren Widerspruch zum Sozialismus zum Ausdruck brachten. Noch stärker kam dieser Gegensatz zur Geltung in dem Vortrag über „Die fortschreitende Entchristlichung und die katholische Aufgabe“, den die Ministerialrätin Frein von Geshattel aus München hielt. Sie ließ Schlaglichter fallen auf einzelne Verfälschungen in der Literatur sowie in der Ehe und wandte sich ebenso gegen die Kammeradschaftsehe wie gegen die Entblößung des Frauenkör-

Pfarrer mit Verwaltungs- und Sekretariatsarbeiten ist es von größter Bedeutung, daß junge weibliche Kräfte sich in den Ritz stellen, auf der einen Seite den Pfarrer entlasten, damit er frei werde für seine eigentliche Seelsorgeraufgabe, auf der anderen Seite aber auch persönlich ihre Kraft in der Jugend-, Frauen- und Kinderarbeit einsetzen und mit warmem Herzen und treuer Hingabe dem vielfach verlorenen Glauben an eine große, die Welt durchdringende Liebesmacht neuen Boden bereiten. Zu diesem Beruf gibt das Gemeindehelferinnenseminar der Neulandbewegung eine vortreffliche wissenschaftliche Rüstung, umfassende praktische Schulung und vor allem innere Vertiefung. Welch ein freudiges Leben ist es, die eifrige, stramme Arbeit ebenso wie die Erholungszeit in Wäldern und Bergen und frischer Luft in fröhlicher Gemeinschaft zu teilen!

Zwei Kurse haben bisher ihre Abschlußprüfung vor einem Kommissar der Thüringer Evangelischen Landeskirche abgelegt. Die meisten sind bereits in kirchlichem Dienst angestellt. Sie arbeiten in Ostpreußen, in der Mark, in der Provinz Hannover, der Provinz Sachsen und in Thüringen, in Gemeinden oder auch ausschließlich in der Jugendarbeit.

Ein neuer Kursus beginnt am 15. Oktober 1930. Vorbedingung ist der Abschluß eines Lyzeums oder einer vollwertigen höheren Mädchenschule, andernfalls entscheidet eine Prüfung über die Aufnahme ins Seminar. Junge Frauen, die sich diesen Beruf wünschen, Pfarrer, die tüchtige Gemeindehelferinnen anstellen oder Praktikanten für ein Vierteljahr zur Einarbeitung und Hilfe haben wollen, wenden sich an das Gemeindehelferinnenseminar der Neulandbewegung, Eisenach i. Thür., Neulandhaus, Hainweg 33.

sein. Um den
hat man ver-
ändert bleiben
die Bildung
des Reichs-

inblick auf die
aufmerksam
es zu der Auf-
schen Volkes zu
uns wiederholt
ozialisten ohne
acht habe. Und
erade für die
vorden, wieder-
vertrauen schen-
utsche Republik
aber das Ver-
den ist, indem
e, der Republik

and den Boden
14. September

Mitentag.

er stattfand, ist
achtet worden.
der Beachtung
Prominenten
uen päpstlichen
Bilemais; den
München, die
Erzbischof
h letzterer seine
phisch von Rom

eration ihr
der der Jugend-
rg gewählt, der
männlicher Ge-
nd. Der 2. Platz
zuerkannt.
igten Zeit, stand
der Verehrung
den nicht weni-
pperg, Dom-
und Professor

re Tonart Be-
ntstellung gegen
religiösen, be-
christentum und
sicher vergebens,
e preußische Po-

ung, die in Frei-
milie" behandelt
die sehr aktuelle
ziehungsideale"
ndschreiben vom
rogramm. Dar-
n Münster und
n den Gefahren
blem ihren Wi-
a brachten. Noch
in dem Vor-
ung und die ka-
atin Freiheit von
leß Schlaglichter
in der Literatur
gegen die Kame-
des Frauenhö-

tsarbeiten ist es
liche Kräfte sich
den Pfarrer ent-
eigentliche Seel-
er auch persönlich
Kinderarbeit ein-
er Hingabe dem
große, die Welt
nen bereiten. In
innenseminar der
he wissens-
praktische
Vertiefung,
eifrige, stramme
n Wäldern und
Gemeinschaft zu

schlußprüfung vor
gelichen Landes-
s in kirchlichem
preußen, in der
Provinz Sachsen
ausgeschlossen

oktober 1930. Vor-
ums oder einer
andernfalls ent-
ens ins Seminat.
München, Pfarrer,
len oder Prakti-
leitung und Hilfe
eindeihelferinnen
h i. Thür., Neu-

pers in der jetzigen Mode. In ihrem irenischen Vortrage
und sie anerkennende Worte für den religiösen Ernst und
das Götterleben der Reformatoren, wie auch für das
schöne Familienleben in gläubigen evangelischen Kreisen.
Die Schlussversammlung war besonders imponierend.
Vor 100 000 Zuhörern hielt der Kardinal Faulhaber
eine Rede über „katholische Kirche und katholisches
Volk". Dieser letzte Appell an die Einheit und geschlos-
sene Front gegenüber allen Mächten, die Religion und
Kirche bedrohen, obwohl kein Wort direkt politisch war,
hat mündlich und durch die katholische Presse mächtiger
für das Zentrum gewirkt als Wahlveranstaltungen und
Wahlkundgebungen zu wirken vermögen. St.

Genfer Unstimmigkeiten.

Der von der Völkerverbundversammlung eingesetzte
Ausschuß für die Prüfung der Frage einer europäischen
Zusammenarbeit, kurz Paneuropa-Ausschuß ge-
nannt, hat am Dienstagmittag seine Arbeiten aus-
genommen. Zuvor fand eine Zusammenkunft zwischen
Briand, Curtius und Henderson statt, in der die drei
Außenminister ihre Meinungen über die weitere Be-
handlung der Europafrage austauschten. Was die
Frage des Vorgesitzes in den künftigen Konferenzen des
Europaratrates betrifft, so teilt man in deutschen
Delegationskreisen die Auffassung, daß der Vorgesitz
wechseln soll. Wahrscheinlich wird die nächste Kon-
ferenz im Januar abgehalten werden. Als Vor-
sitzender der ersten Konferenz kommt der dänische
Außenminister Munch in Frage.

Ob die Paneuropa-Konferenz über akade-
mische Erörterungen hinauskommen wird, bleibt abzu-
warten. Wie Briand sich sein Paneuropa ausgemalt
hat, — ein neues Staatsgebilde unter Frankreichs
Führung —, wird das Ergebnis der Kon-
ferenzen jedenfalls nicht ausfallen. Soweit hat die Aus-
sprache in der Völkerverbundversammlung schon Klar-
heit geschaffen. Aller Voraussicht nach wird man
auf die Behandlung politischer Fragen ganz verzichten
und sich auf die Regelung wirtschaftlicher Angelegen-
heiten beschränken. Aber auch diese Arbeiten müssen
sich, darüber hat die Genfer Aussprache keinen Zweifel
gelassen, vollständig im Rahmen des Völkerverbundes
halten. Darauf wird besonders von England, das
den Europaplänen Briands von vornherein mit größ-
tem Mißtrauen gegenüberstand, großer Wert gelegt.

Ueberhaupt hat sich im Laufe der Genfer Sa-
gung eine ganze Reihe von Gegensätzlichkeiten zwischen
den früheren Verbündeten England und Frankreich
herausgebildet. Am schärfsten tritt der Gegensatz in
der Abrüstungsfrage hervor. Hatte schon der Vor-
stoß Hendersons in der Völkerverbundversammlung eine Sen-
sation für Genf bedeutet, so spielt sich auch in den
Ausschüssen ein scharfer Widerstreit der beiderseitigen
Interessen ab. Im Abrüstungsausschuß wird gegen-
wärtig ein Vertragsentwurf über die Verstärkung der
kriegsverhütenden Maßnahmen beraten. Schon bei der
Behandlung des ersten Artikels zeigte sich, daß die
alten Gegensätze, die seinerzeit im Sicherheitskomitee
das Zustandekommen eines Einheitsentwurfes verhin-
dert haben, weiterbestehen. Die Haupt Schwierigkeit bil-
det die von Frankreich vertretene Sanktions- und Kon-
troll-Idee, für die sich der Vertreter Frankreichs auch
heute wieder unausgiebig eingesetzt hat, und gegen den
von dem Vertreter Englands ebenso entschieden Ein-
spruch erhoben worden ist.

Die deutsche Regierung, die die hauptsächlichsten
Anregungen für das Abkommen gegeben hat, brachte
einen neuen Antrag ein, der unter Aufrechterhaltung
des grundsätzlichen deutschen Standpunktes das Ziel
hat, die gegensätzlichen Meinungen auszugleichen, da-
mit noch auf der jetzigen Völkerverbundversammlung
ein einheitlicher Konventionsentwurf zustandekommt.
Der deutsche Vertreter, Reichstagsabgeordneter Dr.
Breitscheid, erläuterte den neuen Antrag, der den Völk-
verbundsrat im Konfliktfalle ermächtigt, den streiten-
den Parteien im Interesse einer friedlichen Beilegung
des Konflikts aufzulegen, ihre auf das Gebiet eines
anderen Staates eingebrungenen Streitkräfte zurückzu-
ziehen und sie in einer bestimmten Entfernung von
einer Demarkationslinie zu halten. Dieser Antrag
soll, wie Dr. Breitscheid ausführte, verhindern, daß
in einer kritischen Lage die Gewehre von selbst los-
gehen.

In der Aussprache hielt der französische Ver-
treter an seiner Forderung fest, wonach im Falle der
Nichtbefolgung von Sanktionsforderungen „Sanktio-
nen" ergriffen werden sollen. Im Gegensatz dazu er-
klärte Lord Cecil für die englische Delegation, daß
keine Notwendigkeit bestehe, die schon vorhandenen
Sanktions- und Kontrollvollmachten des Rates zu ver-
stärken. Er appellierte an die französische Delegation,
angeichts der kritischen Lage sich zunächst mit den
fortschritten zu begnügen, die der vorliegende Kon-
ventionsentwurf bezüglich der Stabilität darstelle. Da
man sich nicht einigen konnte, wurde schließlich ein
kleiner Ausschuss eingesetzt, der eine Verständigungs-
möglichkeit suchen soll.

Auch sonst gibt es noch allerhand Unstimmig-
keiten in der Abrüstungsfrage. So dauern in den
grundlegenden Fragen der Abrüstung, insbesondere
über die Einbeziehung der ausgebildeten Reserven und
des Kriegsmaterials in die geplanten Abkommen die
Gegensätze zwischen der englischen und der französischen
Auffassung unverändert an, so daß auch hier ein ein-
heitlicher Entwurf kaum zustande kommen wird. Auch
über das Ausmaß der Abrüstung herrscht heute noch
völlige Unklarheit. Mit all diesen Streitfragen wird
sich der vorbereitende Abrüstungsauss-
chuß zu befassen haben, der voraussichtlich Anfang
November d. J. zusammentreten wird. Die eigentliche
Weltabrüstungskonferenz will man erst ein Jahr
später, also im November 1931 einberufen. Doch
wer weiß, ob sich nicht inzwischen ein neuer Vorwand
findet, um die Abrüstung noch weiter hinauszuschieben.

— Der wegen des Koblenzer Brückenunfalls ver-
schobene Besuch des Reichspräsidenten im Rheinland (Aachen
und Trier) wird nunmehr am 10. und 11. Oktober statt-
finden.
— Die thüringische Regierung hat die Empfehlung der
vom Staatsgerichtshof beanstandeten Schulgebäude zurück-
gezogen.

Gegen den Parteienstaat.

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes

zur politischen Lage.

— Berlin, 23. September. Der Bundesvorstand des
Reichslandbundes faßte am Donnerstag eine Entschlie-
ßung zur politischen Lage, in der es u. a. heißt:

„Der Reichslandbund begrüßt die bei der Reichstags-
wahl vom 14. September ds. Js. zum Ausdruck gekom-
mene Stärkung nationalpolitischer Willens im Gesamt-
volk und erwartet, daß im Reich und Preußen die Sin-
dernisse für die Arbeit aller einfach- und verantwortungs-
bereiten nationalen Kräfte baldigt beseitigt werden.
Der Reichslandbund wird frei von allen parteipolitischen
Bindungen und Rücksichten und unbeschadet der persön-
lichen Parteizugehörigkeit seiner Einzelmitglieder bei den
Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen um das
Landvolk werbenden Strömungen an die einzelnen Par-
teien und Gruppen allein den sachlichen Maßstab anlegen:
„Wer bringt die Kraft der deutschen Landwirtschaft und
den Willen des im Landbund organisierten Landvolkes
am besten, am sichersten und am stärksten zum wirtschaft-
lichen und politischen Einsatz?“

Die Regierungen im Reich und Preußen in ihrer jetzi-
gen Zusammenfassung stellen nicht den Führerkreis dar,
der die deutschen Reformaufgaben auf allen Gebieten der
äußeren, inneren, Wirtschafts-, Kultur- und Sozialpoli-
tik erfolgreich durchzuführen vermag. Wir fordern eine
Regierung, in der Männer sind, die die Durchführung der
notwendigen Maßnahmen gewährleisten. Der Reichsland-
bund erwartet die Rettung Deutschlands und seiner Land-

wirtschaft nicht von Parteikoalitionen und Parteiarb-
mitteln, sondern von der Berufung unabhängiger, willens-
starker, tatbereiter, nationaler Führer durch den Reichs-
präsidenten. Das seit der Revolution in Deutschland herr-
schende System von Parteienstaat und Parteiregierung
hat sich als unfähig zur Erfüllung der deutschen Füh-
rungsaufgaben erwiesen. Das Landvolk wird nur einer
Regierung die Folgschaft leisten, die über den Parteien
und über den Interessengegensätzen in Unabhängigkeit
und Verantwortung die Notwendigkeiten des Staates
und des Gesamtvolkes verkörpert.

In einer weiteren Entschließung sprach der Bundes-
vorstand des Reichslandbundes Reichsminister Schiele
einstimmig seinen Dank dafür aus, daß er seine ganze
Persönlichkeit zur Rettung der Landwirtschaft eingesetzt
hat.

Reichsbanner für Bürgerkrieg?

Aufruf des Reichsbanners.

— Magdeburg, 24. September. Der Bundesrat und
die Bundesleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-
Gold haben einen Aufruf erlassen, in dem es u. a.
heißt: Wir fordern von den republikanisch-demokra-
tischen Parteien, daß sie in kürzester Frist eine Regie-
rung bilden, die zur Sicherung des inneren und äußeren
Friedens durch rücksichtslosen Einsatz aller Macht-
mittel dem Staatswillen Geltung verschafft, eine Re-
gierung, die entschlossen ist, gegen Aufwiegler und Auf-
wiegler auch die Hilfe und Unterstützung staatswilliger
Bürger aufzubieten.

Die Mandatsfrage in Genf.

Der deutsche Standpunkt in der Tanganjika-Frage.
— Genf, 23. September.

Nach Abschluß der Minderheitsendebaratte hat der
politische Ausschuß der Völkerverbundversammlung heute
die Erörterung der Mandatsfrage begonnen. Zunächst
ergriffen die Vertreter des Britischen Reiches das Wort.

Der australische Justizminister Brennen er-
neuerte die bereits in der Völkerverbundversammlung
gemachten Vorbehalte gegen eine Einmischung des
Völkerverbundes in die innere Verwaltung des unter
australischem Mandat stehenden ehemals deutschen An-
teils an Neu-Guinea. Australien denke nicht an
eine Annexion dieses Gebietes, aber es wolle
gewisse Rechte einer unterchiedlichen Behandlung be-
züglich der Einwanderung bewahren.

Der britische Delegierte Buxton ging auf die
Einstellung der britischen Regierung, insbesondere der
jetzigen Regierungspartei, zur Mandatsfrage ein. Die
Arbeiterpartei in Großbritannien nehme ein gro-
ßes und stets wachsendes Interesse an der Mandats-
frage, weil sie sich der Verantwortung für das Wohl
der noch unentwickelten, dem Britischen Reich vom
Völkerverbund anvertrauten Völkern bewußt sei.

Der englische Vertreter betonte die früher ab-
gegebene Erklärung, daß bezüglich der politischen Orga-
nisation des früheren Deutsch-Ostafrikas, des jetzigen
Tanganjika-Gebietes, keine Entscheidung ohne Befra-
gung der Mandatskommission getroffen werden soll.

Der Oberkommissar von Neuseeland in London,
Bilford, äußerte sich kurz über die unter neusee-
ländischem Mandat stehende ehemals deutsche Samoa-
Gruppe. Als nächster Redner ergriff

Reichsminister a. D. Koch-Weser

das Wort. Er lenkte besonders die Aufmerksamkeit der
Mandatskommission auf die Frage der wirtschaft-
lichen Betätigung von Angehörigen der Völk-
verbundmitglieder in den Mandatsgebieten selbst. Er
halte es für erforderlich, daß die Mandatskommission
dafür Sorge, daß nicht nur durch Gesetze und Verord-
nungen unterschiedliche Behandlung, sondern auch durch
die Praxis der Verwaltungsbehörden statfinde.

Zu der Frage der — von England erforderten —
engeren Verbindung zwischen dem Mandatsgebiet Tan-
ganjika (ehem. Deutsch-Ostafrika) und den benachbarten
britischen Besitzungen Kenia und Uganda bezog sich
Reichsminister a. D. Koch-Weser auf die Erklärungen,
die Dr. Stresemann zu der Frage abgegeben hat, in-
dem er darauf hinwies, daß das Mandatsgebiet Tan-
ganjika entsprechend dem Sinn der Völkerverbundfassung
und des Mandatsstatutes den Charakter einer selbststän-
digen Einheit unter allen Umständen beibehalten muß.

Es sei erforderlich, daß bei der ganzen weiteren
Behandlung der Angelegenheit diesem Grundgedanken
des Mandatswesens nach allen Richtungen hin Rech-
nung getragen wird.

Ein zweiter grundlegender Gedanke, der bei den
Beratungen über diese Angelegenheit beachtet werden
müsse, sei die Wohlfahrt des Tanganjika-Gebiets
selbst. Auch hierüber müsse der Völkerverbund wachen.
Nur das Mandatsgebiet selber dürfe für den
Völkerverbund maßgebend sein. Es werde zunächst An-
gelegenheit der Mandatskommission sein, eine ein-
gehende Prüfung der Vorschläge vorzunehmen,
die die britische Regierung vor einiger Zeit veröffent-
licht und dem Völkerverbund zugeleitet habe.

Lehrreiche Betriebsratswahl.

Niederlage der Margisten.

Halle, 22. September.

Bei der Betriebsratswahl der Bismerei der Mans-
feld A.G. in Hettstedt geschah es zum erstenmal, daß in
einem Betrieb der Gesellschaft die roten Gewerkschaften,
die bisher überall die Uebermacht hatten, eine Niederlage
erlitten. Die freien Gewerkschaften erhielten am Donners-
tag nur zwei Sitze, während auf die unpolitische Liste

dank des Zusammenarbeitens der Stahlhelmer und der
Nationalsozialisten drei Sitze entfielen.

Das ist besonders auffallend, da man nach dem großen
Lohnkampf im Juni vielfach mit einer kommunistischen
Radikalisierung der Belegschaften gerechnet hatte.

Zuversicht Hindenburgs.

Der Reichspräsident vertraut auf den gesunden Sinn
des deutschen Volkes.

Der Reichspräsident ist von verschiedenen
Vertretern der nordamerikanischen Publizistik gebeten
worden, zu den alarmierenden Nachrichten Stellung zu
nehmen, die in den letzten Tagen über die deutsche
Lage gerade in Amerika verbreitet worden sind. Sei-
ner Gewohnheit entsprechend, hat der Reichspräsident
eine unmittelbare Antwort nicht gegeben, er hat je-
doch in seiner mit dem Reichskanzler geführten Unter-
redung diesen ermahnt, zu erklären, daß er die vom
Reichskanzler dem Berliner Vertreter eines amerika-
nischen Nachrichtenbureaus gegebenen Ausführungen
vollinhaltlich teile.

Auch der Reichspräsident ist der Auffassung, daß
eine Wutgefahr in irgendeinem Bezirk Deutschlands
in keiner Weise vorliegt. Uebrigens würden die vor-
handenen Vollzugsorgane durchaus ausreichen, in kür-
zester Frist Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Der
Reichspräsident hat ferner in seiner Unterredung mit
dem Reichskanzler der Absicht der Reichsregierung, alle
Kräfte dafür einzusetzen, um die seit langer Zeit in An-
griff genommenen Sanierungsmaßnahmen zum Besten
der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes zu
Ende zu führen, seine ausdrückliche Zustimmung erteilt.

Er vertraut hierbei auf den gesunden Sinn
des deutschen Volkes und erwartet, daß trotz der un-
gewöhnlich schwierigen innen- und außenpolitischen Lage
Deutschlands diese großen Aufgaben auf dem Boden
der bestehenden Verfassung gemeistert werden können.

Keine Gefährdung des Auslandskredits.

Am Sonnabend hatte die Reichsbank aus ihrem
Bestand wegen der großen Devisenachfrage für 35
Millionen RM Gold an die Bank von Frankreich abge-
geben. Das wurde verschiedentlich als Alarmzeichen
gedeutet. Demgegenüber wird von maßgebender Seite
erklärt, es sei töricht, anzunehmen, daß ausländische
Kredite in großem Umfange gekündigt und Anleihever-
handlungen gescheitert seien; denn das Ausland sei
von sich aus durchaus ruhig und besitze nach wie vor
Vertrauen in die Solidität und das Ansehen des deut-
schen Kredits.

Die große Gefahr für den deutschen Kredit sei
das Mißtrauen, welches von Deutschen selbst ins Aus-
land getragen werde, während das Ausland weiterhin
an den Fortschritt der wirtschaftlichen Entwicklung
Deutschlands glaube, auch wenn durch die Wahlen zum
Reichstag eine Veränderung der innerpolitischen Lage
eintreten würde.

Uebrigens soll die Devisenachfrage bereits nach-
gelassen haben.

Rom gegen Paris.

Die Differenzen in der Flottenfrage.

Die italienische Presse beschäftigt sich ausschließlich
mit den italienisch-französischen Verhandlungen in der
Flottenfrage.

Der Genfer Sonderberichterstatter der „Tribuna“
erklärt, daß die italienischen Sachverständigen in Paris
in diesem Sommer Vorschläge gemacht hätten, die bei
aller Wahrung der italienischen Interessen gleichzeitig
Frankreich beträchtliche Konzessionen gebracht hätten.
Nach den optimistischen französischen Meinungen der
letzten Woche über den bevorstehenden Abschluß der
Verhandlungen hätten nun plötzlich die französischen
Sachverständigen Gegenanträge gemacht, die für
Italien völlig unannehmbar seien. Italien habe selbst

